



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24834 - 25  
Fernschreiber 0886890

C/III/279 - 8. Dezember 1958

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe.

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	Die Entscheidung von Berlin Belehrung für Adenauer - aber auch für Chruschtschow	90
2 - 2a	Humphreys Erkundungsfahrt Was bringt er in seiner Reisetasche aus Moskau mit?	67
3 - 4	Moskau erzwingt finnische Regierungskrise Wechselspiel zwischen Agrariern und Kommunisten	68
5 - 6	Das "Loch" im Wohnungsbau Unzulängliche Maßnahmen der Bundesregierung	52
7	Rückzieher Auch Fankow kann nur mit Wasser kochen	40

\* \* \* \* \*  
\* \* \* \* \*

### Die Entscheidung von Berlin

sp - Die Berliner Bevölkerung hat am Sonntag ein Bekenntnis zur Freiheit abgelegt und der Sozialdemokratie erneut den Auftrag gegeben, unter ihrer Führung und mit ihren politischen Vorstellungen nicht nur das von Louise Schröder, Ernst Reuter, Otto Suhr und Willy Brandt entwickelte Aufbauwerk fortzusetzen, sondern auch und gerade in dieser Situation, die Initiative zur friedlichen Lösung der politischen Berlin-Probleme zu ergreifen.

Die Berliner ließen sich nicht von Adenauers Auftreten beeindrucken; sie wandelten das böse Wort vom "Mund halten!", das an die Adresse der Sozialdemokratie gerichtet war, um in ein überwältigendes Vertrauensvotum für die Politik der Sozialdemokratie. Sie stellten "ihren" Willy Brandt wieder an die Spitze des Freien Berlins und zeigte damit einmal mehr vor der ganzen Welt, daß die Sozialdemokratie Vertrauen verdient.

Die CDU wird sich zu überlegen haben, ob sie es ihrem Bundesvorsitzenden weiterhin erlauben darf, aus purem Partegoismus Zwietschach in unser Volk zu tragen. Willy Brandt sagte sehr richtig in einer seiner ersten Stellungnahmen in der Nacht vom Sonntag zum Montag, dieses Wahlergebnis sei auch eine deutliche Absage an diejenigen, die glaubten, Berlin auf Bonn gleichschalten zu können. Dasselbe konnte vor 14 Tagen auch der sozialdemokratische Ministerpräsident Hessens, Georg August Zinn, sagen. Auch hier hatte Adenauer versucht, die Aufbauleistungen der Sozialdemokratie und ihre politischen Zielsetzungen verächtlich zu machen. Auch Hessen wollte er auf Bonn gleichschalten. Beide Male sind Adenauers Versuche gescheitert. Daß er aber sogar in Berlin, jener Stadt, die gerade jetzt im Brennpunkt des Weltinteresses steht, deren Bevölkerung stellvertretend für das ganze deutsche Volk aufgerufen war, ein Bekenntnis zur wahren Demokratie und zur Freiheit abzulegen, die Schmähung der Sozialdemokratie nicht lassen konnte, ist ein Beweis für seine Unfähigkeit, alle demokratischen Kräfte unserer Nation in der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus zusammenzuhalten.

Deshalb wird sorgfältig zu überprüfen sein, unter welchen Voraussetzungen der Landesverband Berlin der CDU sein Verhältnis zur SPD zu gestalten gedenkt. Es ist sicher, daß die SPD nicht - wie Adenauer es wünschte - "den Mund halten" wird.

Das Schicksal der kleinen Parteien war beinahe zu erwarten gewesen. Es zeigt sich immer mehr, daß der Wähler die oft recht komplizierten und zueinander kaum merkbar differenzierenden der DP, FDP und PDV von der Politik der CDU nicht mehr honorieren will. Wenn eine dieser kleinen Parteien ein Faktor in der deutschen Politik bleiben will, muß sie versuchen, politische Konzeptionen zu entwickeln, die der Wähler von den Konzeptionen anderer Parteien unterscheiden kann. Anderenfalls wird sich der Wähler in zunehmendem Maße denjenigen politischen Gruppen zuwenden, die ein bestimmtes Profil haben.

Die vernichtende Niederlage der SED, der totalitären Staatspartei Pankows, ist ein Beweis dafür, daß die Berliner Bevölkerung gegen Drohungen und Verlockungen gefeit ist. Diese Partei hatte, entsprechend dem Vier-Mächte-Statut Berlins, jede Möglichkeit der freien Propaganda. Trotzdem wurde sie vernichtend geschlagen und hat auch in den ausgesprochenen Arbeiterbezirken Berlins nicht Fuß fassen können.

Es wirkt lächerlich, wenn man die Redensarten der Leute aus Pankow vor der Wahl mit denen nach der Wahl vergleicht. Wenige Tage vor dem 7. Dezember hieß es noch, die Wahl sei ein Test dafür, ob die Berliner Bevölkerung die Berlin-Vorschläge Moskaus billigt. Einige Stunden nach der Wahl ertönte aus Pankow bereits der Ruf, das Wahlergebnis sage nichts über die wirkliche Stimmung und Meinung der Berliner Bevölkerung zu den Moskauer Berlin-Vorschlägen aus.

Man könnte mit einem Achselzucken über diese Dummheiten hinweggehen. Aber: wielange will sich eigentlich Moskau noch von seiner Statthaltarn in Pankow sellen lassen? Wir glauben zu wissen, daß Ulbricht und seine Helfershelfer die offiziellen Stellen in Moskau durch falsche Berichte über die tatsächliche Stimmung in Berlin in einen durch nichts gerechtfertigten Optimismus hingeredet haben. Anders sind die hochtrabenden Ankündigungen in der sowjetischen Presse und sogar in der sowjetischen Presse über das zu erwartende günstige Wahlergebnis für die SED nicht zu erklären. Wenn Moskau noch einen Beweis brauchte, daß Ulbricht und seine SED durch diese falsche Berichterstattung ihre Auftraggeber im Krenl zu falschen politischen Entscheidungen veranlassen, dann ist dieser Beweis jetzt erbracht.

Aber in Grunde genommen ist das nichts neues, man wundert sich eigentlich nur darüber, daß ein Mann wie Chruschtschow die Geschichte der deutschen kommunistischen Partei so wenig kennt. Schon immer - sowohl 1918 wie auch 1933 und in den darauf folgenden Jahren - haben die deutschen Kommunisten Moskau über die Verhältnisse in Deutschland falsch unterrichtet und dadurch zu verhängnisvollen politischen Entscheidungen veranlaßt. Diese falsche Berichterstattung erfolgte stets auf der Grundlage des Wunsches, in Moskau zu zeigen, wie "tüchtig" man in Deutschland sei. Die Realitäten sprachen dann immer eine ganz andere Sprache.

Das ist auch jetzt in Berlin wieder einmal bewiesen worden. Werden die Männer im Krenl das endlich begreifen? Sie sollten erkennen, daß sie mit Ulbricht und der SED keine realen Grundlagen für eine friedliche Lösung der deutschen und europäischen Probleme finden können.

### Humphreys Erkundungsfahrt

sp - Von allen Gesprächen, - und es waren deren nicht wenige - die der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow in den letzten Wochen und Monaten mit ausländischen Staatsmännern, Politikern und Journalisten geführt hat, beansprucht wohl seine achtstündige Unterredung mit dem Vorsitzenden des amerikanischen Abrüstungsausschusses, Senator Humphrey, die größte Aufmerksamkeit. Vieles von dem, was sich die beiden Repräsentanten einander entgegengesetzter Weltan- und Ideologien zu sagen hatten, oder was sie verschwiegen, dürfte für lange Zeit nicht das Ohr der Weltöffentlichkeit erreichen. Innerhalb: was bisher an Andeutungen, Bemerkungen und Hinweisen durchsickerte, läßt darauf schließen, daß diese Begegnung zwischen Humphrey und Chruschtschow alle globalen Aspekte der Weltpolitik berührte, wobei die Krise um Berlin und die Genfer Verhandlungen über eine Einstellung der Atomwaffenversuche, verbunden mit einem militärisch wirksamen Kontrollsystem, vielleicht den Vorrang in der Diskussion besaßen.

Der amerikanische Senator kommt mit einer Botschaft Chruschtschows an Präsident Eisenhower zurück, außerdem mit zwei militärischen und politischen Vorschlägen, die zunächst noch als "Gemeinsache" gelten. Aber auch ohne Kenntnis des Inhaltes der Botschaft und der zwei Vorschläge schälte sich aus der achtstündigen Unterredung - die längste, die Chruschtschow einen Ausländer privat gewährte - einige bedeutsame Grundkenntnisse heraus. Senator Humphrey ist überzeugt, daß die Sowjetunion einen Krieg um Berlin wahrscheinlich nicht führen werde. Aber er hält ihn allerdings auch nicht für ganz unmöglich. Humphrey glaubt ferner, Chruschtschow steuere nach wie vor eine Gipfelkonferenz an, und er werde nichts unversucht lassen, eine solche Konferenz zustandezubringen.

Vom deutschen Standpunkt aus kommt der Bemerkung über Berlin die größere Bedeutung zu. Nach dem Eindruck, den Humphrey gewonnen hat, ist Chruschtschow bereit, einen sehr hohen Einsatz in Berlin zu riskieren, und an seiner Entschlossenheit, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, dürfte kein Zweifel bestehen. Das klingt wesentlich anders, als die Beruhigungsspielen, die Adenauer auf seiner mißglückter und aufreizenden Berliner Wahlrede dem deutschen Volke verapochte. Die deutsche und internationale Politik geht stürmischen Zeiten entgegen, alte Positionen sind in Frage gestellt. An alle Staatsmänner tritt der unvermeidliche Zwang heran, einer neuen Lage mit einer neuen Politik und neuen Methoden zu begegnen. Die gesamte westliche Deutschland- und Europa-Politik steht vor ihrer seit 1945 wohl härtesten Bewährungsprobe.

Humphrey gehört zu den Männern, die das erkannt haben. Sein Denken ist nicht von Tabus beeinflusst, sein Blick nicht getrübt durch überlebte und deshalb unfruchtbare Vorstellungen. Dieser amerikanische Senator, dem als einem der Führer einer siegreichen Partei und als Vorsitzender des amerikanischen Abrüstungsausschusses ein besonderes Gewicht zukommt, denkt in größeren Zusammenhängen, er sieht die Berlin- und die Deutschland-Frage nicht als isolierte oder zu isolierende Faktoren. Er sieht sie eingebettet in dem weltumspannenden West-Ost-Konflikt, dessen bedrohliche Schärfe nur genommen werden kann, wenn es gelingt, als erste Stufe eines möglichen Kompromisses, der für Berlin und für ganz Deutschland die Freiheit wahrt oder sie wieder gibt, militärische Entspannungszonen zu schaffen. Humphrey ist kein Freund der Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen; er ist aber auch von der Berechtigung des sowjetrussischen Sicherheitsbedürfnisses überzeugt, wie auch von dem Willen des Kreml, seine westlichen Grenzen von Spannungsherden freizuhalten.

Man wird auf Humphrey hören müssen. Nicht alles, was er an Eindrücken und neuen politischen Erkenntnissen mitbrachte, mag die Probe vor der Wirklichkeit bestehen; auch eine achtstündige Unterredung beseitigt nicht die Berge des Mißtrauens, die zwischen den beiden Giganten nach Kriegsende errichtet wurden und hebt nicht die Gegensätze auf, die die Welt in zwei Lagen teilen. Es wird jahrelanger, vielleicht jahrzehntelanger Anstrengungen und Initiativen bedürfen, um aus dem Tief herauszukommen, in dem sich die Welt befindet. Auch die deutsche Politik wird dazu einen besonderen Beitrag geben müssen, der anders aussehen muß, als ihn bisher die Bundesregierung unter der Kanzlerschaft eines Adenauer geleistet hat. Niemand kann uns einer solchen Verantwortung erheben.

Moskau erzwang finnische Regierungskrise

R.Ä., Stockholm

Nach nur dreimonatigem Wirken ist die auf fünf Parteien gestützte Koalitionsregierung des Sozialdemokraten Fagerholm zurückgetreten. Die Regierung, die sich zum Unterschied von ihren meisten Vorgängern auf eine solide Reichstagsmehrheit hätte stützen können, ist nicht in einer Abstimmung unterlegen. Sie hat auch bei Durchführung ihres Programms nicht versagt, sondern im Gegenteil gute Arbeit geleistet. Die Regierungskrise in Finnland hat also keine innerpolitischen Ursachen. Sie ist ein Werk Moskaus, das damit veranschaulicht, wie es sich die Einhaltung eines Freundschafts- und Nichteinmischungspaktes vorstellt.

Die Sowjetunion hat natürlich nicht direkt eingegriffen. Aber schon 14 Tage nach der Konstituierung der Fagerholmschen Regierung wurde der Sowjetbotschafter aus Helsinki abberufen. Gleichzeitig begann eine sowjetische Zeitungshetze gegen die finnische Regierung, welche als kapitalistenfreundlich und amerikahörig denunziert wurde. Die russischen Zeitungen konnten sich hierbei auf die Schimpfkanonaden der finnischen Kommunisten und leider auch der Simonen-Gruppe - einer Abspaltung von der sozialdemokratischen Partei - berufen.

Fagerholms Versicherung, daß die finnische Außenpolitik die traditionelle Freundschaft mit der Sowjetunion fortsetzen wolle, seine Bemühungen um eine Ausweitung des Osthandels bei der Sitzung des Nordischen Rates in Oslo, blieben unberücksichtigt. Moskau steigerte seine Angriffe, beantwortete nicht die finnischen Rückfragen wegen der Rubelanleihe und der Freigabe des Saima-Kanals, welche die Russen beim Besuche des finnischen Staatspräsidenten selber angeboten hatten, und stellte sich nicht zu den schon seit langem vorgesehenen Verhandlungen über den finnisch-sowjetischen Warengustausch 1959, der für Finnlands Wirtschaft von größter Bedeutung ist. Statt dessen machte die Sowjetunion aufmerksam, daß Finnland - trotz der überhöhten Preise - mehr sowjetische Waren beziehen müsse, wenn nicht die russischen Einkäufe in Finnland abgedrosselt werden sollen. Einigen finnischen Firmen, die an größeren Aufträgen für die Sowjetunion arbeiten, wurde bereits mitgeteilt, daß die Abwicklung auf nächstes Jahr verschoben werden müsse. Es handelt sich hierbei immerhin um mehr als 23,000.000 Rubel.

In seltsamen Wechselspiel machten sich die finnischen Agrarier, die selbst der Regierung angehören, diese russische Haltung zu Nutzen und gaben durch eigene Presseangriffe auf die Regierung der Sowjetpresse neue Angriffsargumente. Der agrarische Vorwurf, die Regierung sei nicht imstande, die traditionelle Freundschaftspolitik fortzusetzen, weil sie infolge der Mitwirkung der Konservativen zu weit rechts stehe, wirkt grotesk, denn der für die Außenpolitik verantwortliche Außenminister ist der Agrarier Virolainen, und der Staatspräsident, der neben dem Außenminister nach außen repräsentiert, ist Dr. Kekkonen, der ehemalige Vorsitzende der Agrarpartei. Virolainen hatte, ohne hierzu bevollmächtigt zu sein, schon vor einer Woche erklärt, daß die vier agrarischen Regierungsglieder abtreten.

Gegenwärtig wird fieberhaft wegen einer neuen Regierung verhandelt. Während bisher alle demokratischen Parteien eine Regierungszusammenarbeit mit den Kommunisten - die bei den letzten Wahlen die größte Partei mit 50 von 200 Reichstagsmandaten geworden sind - entschieden abgelehnt haben, ist nun von agrarischer Seite erklärt worden, daß sie, wenn die anderen Regierungspartner einverstanden wären, gegen eine Koalition mit den Kommunisten nichts einzuwenden hätten. Wenn es auch nicht dazu kommen sollte, so wäre schon eine - vor der Unterstützung durch die Kommunisten abhängige - Minderheitsregierung der Agrarier und der Simonen-Gruppe in der gegenwärtigen Lage gefährlich.

Eine Fortführung des bisherigen Regierungsprogrammes wäre unüberwindlich. Dadurch würde die so notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen und - auf längere Sicht - die von den Agrariern aus parteitaktischen Gründen seit je mit scheelen Augen angesehene Industrialisierung der traditionellen Arbeitslosengebiete im Norden wieder auf die lange Bank geschoben. Ohne diese Industrialisierung und die damit zusammenhängende Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten ist aber eine wirksame Gesundung der an einer argen Bodenaufstückelung leidenden und von Staatssubventionen abhängigen Landwirtschaft unmöglich. Moskau allein kann aus der allgemeinen Enttäuschung über das Scheitern der Pagarholmschen Konsolidierungsansätze Nutzen ziehen. Ein mit Unsicherheitsfaktoren überladenes Finnland paßt ihm an der Nordwestgrenze besser als ein innerlich gesundes starkes Land.

### Das "Loch" im Wohnungsbau

zu. - Jeder "Neubaurecord", den das Bundeswohnungsbauministerium meldet, bedeutet für jene, die inzwischen eine Wohnung erhalten haben, eine gewisse Bestätigung ihrer Zufriedenheit, auch wenn sie über die allzu hohen Neubaumieten klagen. Für jene aber, die 13 Jahre nach Kriegsende immer noch keine Wohnung bekommen konnten, die in Elendsquartieren und Baracken hausen oder die als Jungverheiratete aus dem Untermietzimmer herauswüchsen, bedeutet das nichts weiter als eine Steigerung ihrer Unzufriedenheit über die endlosen Wartezeiten.

Die Bundesregierung hätte alle Ursache, mindestens noch fünf Jahre lang in jedem Haushaltsplan 700 Millionen D-Mark für den Wohnungsbau einzusetzen und nicht Jahr für Jahr eine Kürzung von zehn Prozent vorzunehmen, so daß wir im neuen Etatplan 1959/60 bereits bei nur 560 Millionen D-Mark angelangt sind. Wenn man die Berichte der statistischen Ämter hinsichtlich der Wohnungswünsche würdigt, und außerdem davon ausgeht, daß eigentlich einmal niemand mehr in Kellerwohnungen oder über 80 Jahre alten Gebäuden hausen sollte, so kommt man ohne weiteres zu dem Ergebnis, daß in Deutschland noch mehr als fünf Jahre lang im bisherigen Tempo weiter gebaut werden muß.

Das alles ist von einem Teil des Bundesrates und den Wohnungsbauministern der Bundesländer erkannt worden und hat zu einer neutralen Kontroverse zwischen Bundeswohnungsbauminister Eicke und vielen Länderwohnungsbauministerien geführt. Ausgangspunkt der Kontroverse ist die Tatsache,



daß man den Städten und Gemeinden, die mit sieben Milliarden D-Mark verschuldet sind und sich in der Vergangenheit keine "Julius-Türme" zulegen konnten, nicht noch höhere Wohnungsbau-lasten auferlegen kann. Die meisten der so knapp gehaltenen Bundesländer, die gleichfalls immer aufs neue auf den Anlei-hemarkt gehen, sind auch nur noch schwerlich in der Lage, sich weiter zu verschulden oder gar den Kommunen höhere Zu-weisungen zu geben.

Der Bundesrat hatte bereits am 28. November empfoh-len - und das stellte ein sehr weitgehendes Entgegenkommen an den Bund dar - die neuerliche zehnprozentige Kürzung der Bundeswohnungsbau-mittel durch elastischere Finanze-rungsmethoden abzufangen, wobei eine mögliche weitere Selbst-beteiligung der Länder nicht durch neue Auflagen erschwert werden darf. So ist es zum Beispiel undenkbar, daß der Bund nur dann Beihilfen für junge Eheleute als Ersatz für fehlendes Eigenkapital geben will, wenn sie sich ein Fami-lieneigenheim bauen möchten.

Der Bundesrat hat der Bundesregierung empfohlen, die-se Beihilfen auch für Mietwohnungen zu geben. Es gibt doch wohl keinen Grund dafür, dann ein junges Ehepaar schlech-ter zu stellen, wenn es nur für die Mietwohnung sparen möchte. Schließlich wollen die jungen Familien ja zunächst kein Eigenheim mit den hohen Lasten, sondern die billige und ihren Einkommensverhältnissen angepasste Mietwohnung.

+ + +

Rückzieher

K.J. - Keine Staatsführung kann mit dem Kopf durch die Wand. Auch die Pankower nicht. Man darf es mit Genugtuung registrieren, daß auch die Mitteldeutschen nicht alles so heiß essen müssen, wie es ihnen die SED kocht.

Nehmen wir nur einmal diese drei Dinge: Den Ärzten und Wissenschaftlern wurde grundsätzlich wieder erlaubt, zu Tagungen in die Bundesrepublik zu reisen; ihre Kinder sollen wieder zum Studium zugelassen werden, man will nicht mehr so inquisitorisch nach der "proletarischen" Großmutter suchen. Familiensendungen zwischen Ost und West hat man auch wieder zugelassen, nachdem es erst für einige Wochen verboten war, Wäsche und Kleidungsstücke hin- und herschicken. Und jetzt kommt ein Nachlassen des Drucks auf die Jugend, sich "freiwillig" zur Armee zu melden.

In der letzten Zeit waren die staatlichen Betriebe der Zone mehr und mehr dazu übergegangen, Lehrlinge gleich bei der Einstellung für den späteren Dienst in der sogenannten Nationalen Volksarmee zu verpflichten. Den Lehrvertrag gab es oft nur dann, wenn der Lehrling schriftlich versicherte, er werde nach Beendigung seiner Lehrzeit sofort seiner "Ehrenpflicht" genügen und sich bei der NVA melden. Das hat böses Blut gemacht. Die Eltern protestierten geharnischt und überschütteten die Regierung mit Beschwerdebriefen. Auch SED-Mitglieder beteiligten sich an den Protesten.

Nun hat das Pankower Volksbildungsministerium generell verboten, daß die Betriebe den Abschluß eines Lehrvertrages mit solchen und ähnlichen Zusatzvereinbarungen koppeln. Die Betriebe sollen sich bessere Möglichkeiten einfallen lassen, wie die jungen Menschen zum Kommißdienst zu bewegen sind; man fordert "intensivere Überzeugungsarbeit". Der Staat ist böse auf die Betriebsfunktionäre, weil sie es sich zu leicht gemacht haben, ihr Gestellungs-Soil für die Armee zu erfüllen.

Man möchte hoffen, daß sich Pankow auch noch zu anderen Rückziehern bequemt. Schließlich kann es uns nicht gleichgültig sein, wie die Menschen drüben leben. Ebenso sorgfältig, wie man alle Verschärfungen des SED-Kurses registriert, sollte man auch feststellen, was es an Rückzügen gibt. Auch in der Zone existiert noch so etwas wie der Druck der öffentlichen Meinung. Daß der SED-Staat noch nicht die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, die wir in der Bundesrepublik schon haben, kann nicht genug beachtet werden. Das ist kein Zufall.